

Sitzungsbericht.

Fortsetzung des Berichts von der 1. Seite.

Hierauf wird die Besprechung der Interpellationen über Mittelstand und Kleingewerbe fortgesetzt.

Abg. Herrmann-Neutlingen (Dem.): Die Antwort des Ministers Bissell hat uns nicht in wünschenswertem Maße befriedigt. (Sehr richtig! bei den Dem.) Wir hätten mehr Wärme in seiner Antwort gewünscht. (Sehr wahr! bei den Dem.) Wenn so ungeheuerlich viel Mittelstandsexistenzen vernichtet sind, so können sie sich bei denen bedanken, die es verhindert haben, rechtzeitig einen Verständigungsfrieden zu schließen. (Beifall links, Unruhe und Zurufe rechts: „Sie haben doch die Mehrheit gehabt!“) Wie denkt sich der Reichswirtschaftsminister die Durchführung des Achtstundentages in den Saisonbetrieben? Meine Freunde lehnen es entschieden ab, jetzt mit einer Sozialisierung der Bäckereien, Metzgereien und des Baugewerbes vorzugehen. Dafür liegt jetzt kein Bedürfnis vor, und die Betriebe sind keineswegs dafür reif. (Lebhafte Zustimmung.) Die seit Oktober v. J. fertiggestellte Verordnung des Freiherrn v. Stein über die Rohstoffversorgung des Handwerks sollte schleunigst herausgebracht werden. Bei der Arbeitvergebung muß das Handwerk als eine besondere Fachgruppe berücksichtigt werden. Die Organisation des Handwerks muß ausgebaut werden. Wir richten die Mahnung zur tatkräftigen Unterstützung des Mittelstandes nicht nur an die Regierung, son-

dern auch an die wohlhabenden Schichten, die am besten dazu imstande sind. (Sehr. Beifall bei den Dem.)

Abg. Hugo (D. Vpt.): Die revolutionären Unruhen, die nach wie vor unser Land durchzittern, werden nur beseitigt werden können, wenn es gelingt, die Wirtschaftskrisen abzustellen oder erheblich abzumildern. Mit politischen Konzeptionen wird man diesen Quell der Unruhen und der Revolution nicht verstopfen können. (Sehr richtig! rechts.) Auch wir sind von den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers nicht befriedigt. Die Hauptursache unserer Wirtschaftskrisen ist der Mangel an Rohmaterialien, dessen Beseitigung durch die Einfuhr möglich ist. Selbstverständlich ist es nicht möglich, wahllos jede Einfuhr zu gestatten, aber ich fürchte, daß die geplante Schaffung von Einfuhrzolltarifen noch größere Schumannisse schaffen wird. Wir lehnen es auf das Entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde der kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien, der Fleischerien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz macht. (Beifall und Zustimmung rechts.) Unter keinen Umständen darf unsere Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnen, der uns nicht die Rohstoffvorräte in Oberschlesien und in Saarbrücken sichert. (Beifall rechts.)

Kommissar des Reichswirtschaftsamtes Geheimrat Erendelenburg: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentages im Handwerk schweben zur Zeit Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium. Ueber die Frage, in wie weit eine Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftsbetrieben und Unternehmungen angezeigt erscheint, sind Erwägungen im Gange. Der Erlaß einer Verordnung über die Rohstoffversorgung des Handwerks steht unmittelbar bevor. Wenn sie nicht früher herausgegeben wurde, so liegt das besonders daran, daß innerhalb des Handwerks selbst Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob die Frage regional oder fachlich gelöst werden sollte.

Abg. Baur (U. Soz.): Der Untergang des Mittelstandes ist uns durch keine wohlwollenden und nicht einmal durch reaktionäre Maßregeln aufzuhaltende Tatsache. Ich bedaure, daß vom Regierungssicht keine stärkere Abwehr gegen den Versuch erfolgt ist, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Durch künstliche Sozialisierung einer toten Produktionsform kann den Mittelstandsexistenzen nicht geholfen werden. Dessen kann ihnen nur die Sozialisierung und Kommunalisierung. Die Arbeiter und Mittelständler zusammen müssen die Einheitsfront des arbeitenden Volkes gegenüber den kapitalistischen Interessen bilden. (Beifall d. d. U. Soz. Unruhe d. d. Soz.)

Abg. Eisenberger (bayer. Bauernbund): Glauben Sie nicht, daß ich als kleiner Bauer ein Frontsoldat der Reaktion bin. Diejenigen, die dem Mittelstand nutzen wollen, sind deswegen nicht Reaktionäre. Der Mittelstand ist schon oft zum Tode verurteilt, aber immer wieder begnadigt und nicht gehängt worden. Die Großgrundbesitzer und Fideikommissherren unterstützen am wenigsten den Mittelstand. (Sehr richtig! links.) Ich bin kein Gegner der Sonntagsruhe, aber auf dem Lande muß den Bauern wenigstens Gelegenheit gegeben werden, einige Stunden am Sonntag ihre Einkünfte zu machen. Der Achtstundentag hätte bei uns nicht obligatorisch eingeführt werden dürfen, ehe man sich verständigt hätte, mit den andern Ländern, mit denen wir ja konkurrieren wollen. In allen Ländern, wo der Mittelstand kaputt gegangen ist, ist auch die Nation kaputt gegangen. (Beifall.)

Abg. Biener (nat.): Die Erklärungen des Ministers haben uns nicht befriedigt. Wir verlangen die Einrichtung eines besonderen Referates für Handwerk und Gewerbe beim Reichswirtschaftsamte.

Damit schließt die Besprechung. Eine Reihe von Wahlsprüchen wird ohne Besprechung nach den Anträgen des Ausschusses erledigt. Die Vorlage auf Hinzutritt Württembergs zur Biersteuergemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet. Ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918. Nächste Sitzung Donnerstag 8 Uhr. (Notetat für 1919.) Schluß nach 6 Uhr.